Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 96 (2002)

Heft: 9

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Alberto Achermann : jetzt wird es gefährlich - Zur Initiative "gegen Asylrechtsmissbrauch"

Autor: Spieler, Willy / Achermann, Alberto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144365

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NW-Gespräch von Willy Spieler mit Alberto Achermann

Jetzt wird es gefährlich – Zur Initiative «gegen Asylrechtsmissbrauch»

Die Volksinitiative der SVP «gegen Asylrechtsmissbrauch» wäre, wenn sie am 24. November 2002 angenommen würde, das endgültige Aus für die humanitäre Schweiz und ihren Ruf als Hort der Menschenrechte. Das Ziel der Initiative ist Asylverhinderung durch realitätsfremde Verfahrensvorschriften und Abschreckung neuer Flüchtlinge durch nicht mehr zu überbietende Schäbigkeit. Das folgende Gespräch mit Alberto Achermann möchte unsere Leserinnen und Leser rechtzeitig informieren, ja alarmieren. Alberto Achermann ist seit Januar 2001 Zentralsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH. Diese engagiert sich für ein faires Asylverfahren, die Integration von Flüchtlingen und die Rückkehr von abgewiesenen Asylsuchenden in Sicherheit und Würde. Die SFH ist der Dachverband der Hilfswerke CARITAS, HEKS (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz), SRK (Schweizerisches Rotes Kreuz), SAH (Schweizerisches Arbeiterhilfswerk) und VSJF (Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen). Unser Gesprächspartner ist Spezialist im Asylrecht. Seine Dissertation trägt den Titel «Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit fluchtverursachender Staaten» (1996). Vor seiner Tätigkeit bei der SFH war Alberto Achermann Assistent am Seminar für öffentliches Recht der Universität Bern. Für die Caritas Schweiz hatte er Asylsuchende vertreten oder im Verfahren begleitet. *Red.*

Erinnerung an das Benediktinerkloster als Ort der Gastfreundschaft

Willy Spieler: *Den Namen Alberto Achermann hörte ich zum ersten Mal im Zusammenhang mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Du warst damals Assistent für Völkerrecht und Staatsrecht an der Universität Bern. Du lehntest dieses Gesetz ab. Tust Du es noch heute?*

Alberto Achermann: Es war nicht meine Meinung, dass überhaupt keine Zwangsmassnahmen erforderlich wären, aber ich musste befürchten, dass die Anwendung dieses Gesetzes in Widerspruch zu den Menschenrechten geraten würde. Diese Befürchtung hat sich leider bestätigt. Kantone wie z.B. Zürich haben das Gesetz unsäglich hart, ja teilweise willkürlich angewendet. Das Regime der *Ausschaffungshaft* war geprägt durch *menschenunwürdige Verhältnisse.* Die Leute wurden in Zellen festgehalten, die man selbst gewöhnlichen Kriminellen nicht zumuten würde. Bis heute bestehen auch grosse Unterschiede in der Anwendung zwischen den Kantonen. Was mich beschäftigt, ist auch die Zunahme immer neuer Zwangmassnahmen im Ausländerrecht, die nichts zur Verbesserung der Situation im Asylwesen beitragen.

WS: *Wie bist Du dazu gekommen, Dich für Flüchtlinge einzusetzen? Gibt es für Deine Motivation einen biographischen Hintergrund?*

AA: Mich hat schon in jungen Jahren interessiert, was im Auslandteil der Zeitungen stand. Hinzu kommt, dass meine Mutter Spanierin ist, ich also als halber Spanier aufgewachsen bin. Zusammen mit meiner Mutter habe ich denn auch immer wieder eine *latente Fremdenfeindlichkeit* gespürt. Das hat mich schon auch für diese Fragen sensibilisiert.

WS: *Du hast für die Caritas Schweiz Asylsuchende vertreten. Heute bist Du auch Mitglied der Nationalkommission*

Justitia et Pax der Schweizer Bischöfe. Das weist auf eine christliche Prägung Deiner Arbeit und Deines Engagements hin.

AA: Das ist so. Ich komme aus einer katholischen Familie. Für das Gymnasium habe ich die *Klosterschule in Einsiedeln* besucht. Das Benediktinerkloster als Ort der Gastfreundschaft hat mich als Idee durch mein bisheriges Leben begleitet.

WS: *Der heilige Benedikt schreibt ja den Mönchen in seiner Ordensregel vor, dass sie jeden Gast so empfangen sollten, als ob er Christus selber wäre.*

AA: Diesen Geist im Umgang mit Fremden habe ich im Kloster wirklich gespürt. Er zeigt sich auch heute z.B. bei der *Tamilenwallfahrt* nach Einsiedeln.

«Drittstaatenregelung» statt europäische Zusammenarbeit?

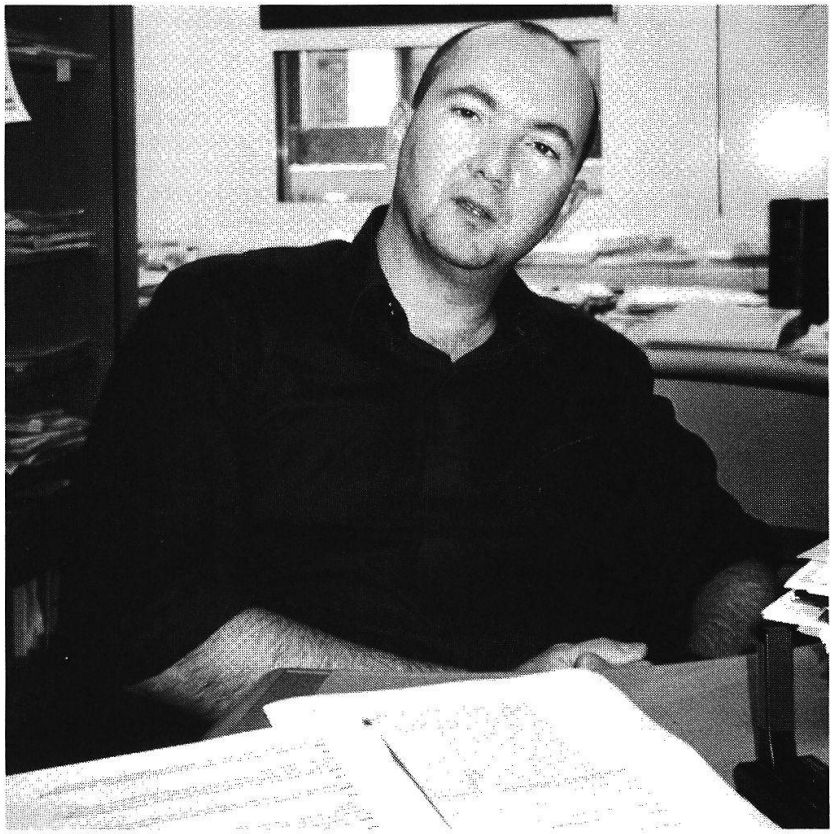
WS: *Alberto, wir sind uns vor zwei Monaten an einer Geburtstagsfeier begegnet. Dort hast Du mich gefragt, was die Neuen Wege planten, um über die Gefahren der Asylinitiative der SVP genauer zu informieren und eine Argumentationshilfe für die Ablehnung dieses asylfeindlichen Volksbegehrens zu bieten. Dazu möchte nun dieses Gespräch einen Beitrag leisten. Kannst Du uns in wenigen Worten sagen, was die SVP-Initiative will.*

AA: Die *Hauptforderung dieser Initiative* besteht darin, dass alle Asylsuchenden, die aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreisen, bei uns kein Asyl mehr erhalten sollten. 95 Prozent der Asylsuchenden, die zu uns kommen, würden also gar nicht mehr zum Asylverfahren zugelassen. Ferner sollen Fluggesellschaften, die Flüchtlinge ohne gültige Reisepapiere mitnehmen, bestraft werden. Weitere Forderungen sind, dass die Fürsorge durch Sachleistungen zu erbringen oder dass die freie Arztwahl einzuschränken sei.

WS: *Stein des Anstosses ist vor allem die Drittstaatenregelung. Ich nehme an, unsere Nachbarstaaten, lauter «sichere Länder», würden sich bedanken, wenn die Schweiz ihnen alle auf dem Landweg zugereisten Asylsuchenden wieder zurückschicken würde.*

AA: Darum wäre diese Initiative, wenn sie angenommen würde, letztlich kontraproduktiv. Wir brauchen nicht eine Abschottung oder einen Alleingang der Schweiz. Um das Flüchtlingsproblem gerecht und solidarisch lösen zu können, brauchen wir vielmehr die *Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten.* Käme es zu dieser Drittstaatenregelung im Sinne der SVP-Initiative wäre wohl auch die Kooperationsbereitschaft der anderen europäischen Staaten gegenüber der Schweiz am Ende. Die Folge wäre, dass wir sogar noch mehr Asylsuchende bei uns hätten.

«Die SVP wird eine schmutzige Abstimmungskampagne für eine menschenverachtende Initiative führen» (Alberto Achermann in seinem Büro beim NW-Gespräch am 27. August 2002. Bild: Willy Spieler).



WS: *Schlimmer noch als diese St. Florianspolitik wären die Folgen für die Asylsuchenden, da die Einreise aus einem Drittstaat ein Nichteintreten auf das Asylgesuch zur Folge hätte. Damit wür-*

den zuerst einmal nicht die Asylgründe geprüft, sondern nur die Türen, durch welche der Flüchtling in die Schweiz gekommen ist.
AA: Es müsste allenfalls noch geprüft werden, ob die Schweiz eine Person in ihren Herkunftsstaat zurückschicken kann und darf. Das Problem für die Einzelnen aber wäre so oder anders, dass sie *keine Chance mehr* hätten, *Asyl zu bekommen.* Es ist schon ein Unterschied, ob ein Flüchtling Asyl erhält mit einer Zukunftsperspektive oder ob er am Rande der Gesellschaft dahinvegetieren muss.

WS: *Bei einer Drittstaatenregelung werden die Flüchtlinge ja auch kaum bereit sein, auszusagen, über welches Nachbarland sie eingereist sind.*
AA: Der Nachweis, aus welchem Staat sie eingereist sind, könnte kaum erbracht werden. Es bliebe nur noch die Rückschaffung in den Herkunftsstaat. Wegen des *Non-Refoulement-Gebots* müsste dann aber die Situation im Herkunftsstaat genauso abgeklärt werden wie heute auch.

Ein Verstoss gegen Sinn und Geist der Flüchtlingskonvention

WS: *Flüchtlinge, die heute noch anerkannt würden, könnten in Zukunft wohl nur über das Institut der vorläufigen Aufnahme in unserem Land verbleiben. Aber der Bundesrat sagt zu Recht, dass die vorläufige Aufnahme der Genfer Flüchtlingskonvention nicht genüge. Trotzdem meint der Bundesrat, der Initiativtext verletze «keine Bestimmungen des zwingenden Völkerrechts». Was ist Deine juristische Beurteilung?*
AA: Zwingende, und das heisst: elementare Bestimmungen des Völkerrechts, die ein Staat einhalten muss, wie z.B. das *Folterverbot,* werden von der Initiative nicht verletzt. Der Initiativtext stellt sich sogar unter den «Vorbehalt der völkerrechtlichen Verpflichtungen». Das heisst allerdings, dass genau wie vorher abgeklärt werden müsste, ob ein Flüchtling bei einer Rückkehr gefoltert würde.

WS: *Aber sie verstösst gegen Völkerrecht, da sie mit der Flüchtlingskonvention nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Das ist doch der Widerspruch dieser Initiative: Einerseits steht sie unter dem Vorbehalt des Völkerrechts, anderseits bricht sie dieses Völkerrecht.*
AA: An sich gibt die *Flüchtlingskonvention* keinen Anspruch auf Asyl. Sie sagt nur, welche Rechte der Flüchtling hat, wenn er als solcher anerkannt wird. Aber der Staat, der keine Möglichkeit mehr für die Anerkennung von Flüchtlingen anbietet, umgeht im Grunde die Flüchtlingskonvention.

WS: *Er verstösst jedenfalls gegen den Geist der Flüchtlingskonvention, da diese ja davon ausgeht, dass die Staaten, die sie unterzeichnet haben, auch bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen und anzuerkennen.*
AA: Genauso ist es.

WS: *Was will die SVP gegen Asylsuchende vorkehren, die auf dem Luftweg zu uns kommen?*
AA: Die Fluggesellschaften sollen keine Asylsuchenden aufnehmen, deren Papiere nicht den Einreisevorschriften entsprächen. Damit würde die *Grenzkontrolle* in den *Herkunftsstaat* verschoben. Ein *Angestellter der Fluggesellschaft* müsste entscheiden, ob jemand in die Schweiz reisen und bei uns ein Asylgesuch einreichen darf oder nicht. Das ist auch eine enorme Belastung für diese Person, die ja nicht dazu angestellt ist, über Leben und Tod eines Flüchtlings zu entscheiden.

Die SVP produziert Kriminelle

WS: *Der Gipfel der Schäbigkeit wird im Bereich der Fürsorge erreicht. Da soll es nur noch Sachleistungen geben, wie Mahlzeitencoupons, die Ende der 80er Jahre «Tamilenbatzen» genannt und*

schon damals als Verstoss gegen die Menschenwürde empfunden wurden. Aber das Departement Metzler kontert, das sei eh schon alles eingeführt. Stimmt das?

AA: Es ist tatsächlich so, dass die Sozialhilfe bei Asylsuchenden zum grössten Teil durch *Sachleistungen* erbracht wird. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass viele in Kollektivunterkünften leben, wo für sie gekocht wird. Daneben erhalten die Asylsuchenden ein minimales Taschengeld von gerade noch drei Franken. Menschenverachtend an dieser Initiative ist, dass Fürsorgeleistungen auf ein *absolutes Minimum* gesenkt werden sollen, um den sog. Asylrechtsmissbrauch zu verhindern, im Klartext: um Flüchtlinge abzuschrecken.

WS: *Die Abschreckung richtet sich ja dann gegen alle, die zu uns kommen, auch gegen Flüchtlinge, die nach dem heutigen Recht eine Chance hätten, anerkannt zu werden.*

AA: Da kommen *traumatisierte Menschen* zu uns. Und wie werden sie empfangen? Nur schon dass sie zu uns kommen, gilt als Missbrauch. Überlegen wir uns nur einmal, was in Zug passiert ist und wie das die Menschen dort traumatisiert hat. Die Initiative hat nichts anderes im Sinn, als traumatisierten Kriegsflüchtlingen zu zeigen, dass sie bei uns nicht willkommen sind. Es wird ihnen nicht nur der Asylrechtsmissbrauch vorgeworfen, sondern als Sanktion auch noch die Sozialhilfe gekürzt.

WS: *Flüchtlinge sind für die SVP eben keine Gäste, um an das Beispiel des Klosters Einsiedeln zu erinnern. Schon gar keine Engel, wie es der Hebräerbrief (13,2) nahelegt, wenn es heisst: «Ohne ihr Wissen haben manche schon Engel beherbergt.» Natürlich wollen wir die Flüchtlinge nicht idealisieren. Aber gerade wenn wir das nicht tun, müssen wir befürchten, dass solche Schäbigkeit der Kleinkriminalität Vorschub leistet.*

AA: Wenn man einen Kriminellen produzieren will, dann nehme man einen etwa 18jährigen Mann, stecke ihn in eine Kollektivunterkunft, verbiete ihm zu arbeiten und gebe ihm kein Taschengeld. Dann hat man den «Erfolg».

WS: *Und man zeige ihm die Glitzerfassaden unserer Gesellschaft.*

AA: Mich beschäftigt aber auch, wie wir mit Asylsuchenden nicht nur generell umgehen, sondern wie wir *bestimmte Gruppen* unter ihnen zu *Sündenböcken* stempeln. Zuerst waren es die Tamilen, dann die Leute aus dem Balkan, jetzt sind es die Schwarzafrikaner. Interessant ist, dass die Länder Europas mit je anderen Gruppen ihre Probleme haben. Das ist ein Indiz dafür, dass es sehr darauf ankommt, wie eine Gesellschaft auf diese Menschen zu- und mit ihnen umgeht. Gelten sie als «schwierig», dann werden sie es auch. Das ist wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

WS: *Für abgewiesene Asylsuchende soll die medizinische Versorgung auf den Notfalldienst reduziert werden. Ist das noch mit den Menschenrechten vereinbar?*

AA: Auch hinter dieser Forderung liegt ein *menschenverachtender Zug*. Und was wird eigentlich den Ärztinnen und Ärzten oder dem Pflegepersonal zugemutet, die entscheiden müssen, wann ein Notfall vorliegt. Muss man bei einer schwangeren Frau warten, bis sie eine Fehlgeburt hat? Ist eine Untersuchung während der Schwangerschaft überhaupt zulässig?

WS: *Abgewiesene Asylsuchende dürften auch keiner Erwerbsarbeit nachgehen, ausser in staatlichen Beschäftigungsprogrammen. Da kommt die SVP nicht nur etatistisch daher, damit leistet sie auch nicht eben einen Beitrag, der ihrer Sparideologie entspricht.*

AA: Heute arbeiten etwa 40 Prozent der vorläufig Aufgenommenen. Das bedeu-

tete, wenn es nach der SVP ginge, *Mehrausgaben* von mehreren zehn Millionen Franken im Jahr.

Asylrechtsmissbrauch als Polemik

WS: *Die Initiative will angeblich den Asylrechtsmissbrauch bekämpfen. Ist dieser Begriff jenseits der Polemik überhaupt nach rechtlichen Kategorien definierbar? Und inwiefern fallen Asylsuchende darunter, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde oder die durch alle Instanzen abgewiesen wurden?*

AA: Wenn schon die *Einreichung eines Asylgesuchs als Missbrauch* abgestempelt wird, dann ist dieser Begriff nur noch Polemik. Es ist doch auch in anderen Bereichen völlig normal, dass jemand ein Gesuch, z.B. ein Bau- oder ein Subventionsgesuch, einreichen darf, ohne dass die allfällige Ablehnung mit einem Rechtsmissbrauch gleichgesetzt würde. Von einem Asylrechtsmissbrauch könnte nur dann gesprochen werden, wenn jemand einreist, um eine kriminelle Handlung zu begehen, und aus solchen völlig asylfremden Gründen ein Asylgesuch einreicht. Das Perfide an der SVP-Initiative ist natürlich, dass mit dem Wort «Asylrechtsmissbrauch» immer dieser *Zusammenhang mit Kriminalität* suggeriert wird. Die SVP wird den Abstimmungskampf auch mit dieser schmutzigen Kampagne führen.

WS: *Wenn es nach der SVP ginge, würde nur diejenige Person das Asyl nicht missbrauchen, die im Verfolgerstaat die Schweizer Botschaft aufsuchte, um sich dort um eine Einreiseerlaubnis in die Schweiz zu bemühen.*

AA: Was in Anbetracht der Situation in solchen Fluchtstaaten eine *völlig absurde Voraussetzung* wäre.

WS: *Und auch das Flugzeug dürfte nur eine verfolgte Person besteigen, die vom Regime, dem sie zu entfliehen suchte, auch noch mit einem Reisepass ausgestattet würde.*

AA: Und mit einem *Visum der Schweiz* samt dem Vermerk «Einreise zwecks Einreichung eines Asylgesuchs». Ein Touristenvisum wäre nämlich auch «missbräuchlich», da damit der wahre Zweck der Einreise verheimlicht würde.

WS: *Die SVP räumt allerdings ein, sog. Kontingentsflüchtlinge wie bei den Kriegsflüchtlingen aus Kosova könnte die Schweiz dann schon noch aufnehmen.*

AA: *Kontingentsflüchtlinge* kann man schon heute aufnehmen. Dazu braucht es jedenfalls die SVP-Initiative nicht. Im übrigen ist die Betreuung von Kontingentsflüchtlingen, die oft während Jahren in Lagern gelebt haben und sehr schwierig zu integrieren sind, äusserst aufwendig. Natürlich trete ich jederzeit für die Aufnahme von Kontingentsflüchtlingen ein, aber ich bezweifle, dass die SVP in einer solchen Situation ihr Wort halten wird.

Die Hemmungen sind gefallen

WS: *Die nationalistische Rechte bekommt von der Repression gegen Randgruppen nie genug. Sie hängt an der Repressionsspirale wie der Junkie an der Nadel. Das haben weitsichtige Kritikerinnen und Kritiker schon bei der Referendumsabstimmung über das Zwangsmassnahmengesetz vorausgesehen, während vereinzelte Stimmen selbst aus dem linken Lager damals meinten, mit diesem «Entgegenkommen» liesse sich der Rechtspopulismus besänftigen. Seither wurde das Asylrecht immer weiter verschärft, zuletzt noch in der Abstimmung vom Juni 1996. Und jetzt noch diese Initiative, die besser mit dem Titel «Für eine Schweiz ohne Asyl» überschrieben würden.*

AA: Erstaunlich ist höchstens, dass die Politik nichts daraus lernen will. Sie unternimmt nichts gegen die Rassisten, sondern erfindet *immer neue Massnahmen* gegen die Flüchtlinge und gegen ihre Integration.

WS: *Die Politik lernt auch nichts aus dem Scheitern dieser Repressionsspirale. Man glaubt, mit immer neuen repressiven Massnahmen den «Erfolg» doch noch herbeizwingen zu können. Der einzige Erfolg, den diese Art von Politik hat, ist der Wahlerfolg. Je weniger erfolgreich die Massnahmen sind, um so mehr heisst es dann, dass noch viel mehr Repression nötig sei.*
AA: Das zeigt auch diese Initiative, die eine *reine Wahlplattform* ist. Sie würde kein einziges Problem im Asylbereich lösen, wohl aber die vorhandenen Probleme noch verschärfen.

WS: *Ein Ende dieses asylfeindlichen Rechtstrends ist nicht abzusehen. Neuerdings fordern SVP-Exponenten sogar Internierungslager für Asylsuchende, vor allem für jene, die aus Schwarzafrika kommen. Das ist nicht nur rassistisch, sondern widerspricht auch der Europäischen Menschenrechtskonvention. Begründet wird diese Verschärfung des Asylrechts damit, dass andere Staaten wie z.B. die Niederlande sich ja auch nicht an die EMRK hielten. Hat mit dem europäischen Rechtstrend auch eine europäische Verschärfungsspirale im Asylrecht eingesetzt?*
AA: Eigentlich wird mehr diskutiert als umgesetzt. Das hat der Gipfel von Sevilla gezeigt. Irgendwann ist man halt am Limit der Massnahmen angelangt, die überhaupt möglich sind. Aber jetzt wird es gefährlich. Die Hemmungen sind gefallen. Und die Frage ist, welches die *nächsten Forderungen* sein werden. Du hast die *Internierungslager* genannt, in denen Menschen wie in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges eingepfercht werden sollen. Eine andere Forderung will die Ausländer auch im *Strafrecht* härter anpacken. Da gibt es Parallelen zur Ideologie des Reichsjustizministers, der damals sagte, die Polen müssten härter angepackt werden. Wir kämen in die Nähe der dunkelsten Zeiten Europas.

Der Lackmustest der Menschenrechte

WS: *Im Zürcher Kantonsrat sind schon Stimmen laut geworden, die sich für die Aufkündigung der Flüchtlingskonvention, ja selbst der Europäischen Menschenrechtskonvention stark machten. Das wäre dann die nächste Stufe dieser Eskalation.*
AA: Das ist umso bedenklicher, als die Schweiz sich der Einhaltung der Menschenrechte rühmt. Aber der Lackmustest der Menschenrechte und der Demokratie ist unser *Umgang mit den Asylsuchenden* und Flüchtlingen. Ich frage mich, zu was allem die Politik in der Schweiz noch fähig und in der Lage wäre, wenn es jemals eine ernste Krise geben würde.

WS: *Dieser Umgang überträgt sich erst noch auf andere Randgruppen der Gesellschaft, auf Armutsbetroffene, Fürsorgeabhängige, Drogensüchtige usw.*
AA: Das haben wir in Bern erlebt. Das *Rayonverbot* des Zwangmassnahmengesetzes wurde nun ausgedehnt auf weitere Gruppen. *Drogensüchtige* dürfen sich z.B. nicht mehr beim Bahnhof aufhalten, weil sie das Stadtbild beeinträchtigen könnten.

WS: *Und das von einer rot-grünen Stadtregierung?*
AA: Ja, leider.

WS: *Aus Angst, von der populistischen Welle überspült zu werden, beginnt man auf ihr zu reiten. Die Rechte kann sich durch dieses Verhalten von Linken und Grünen ja nur wieder bestätigt fühlen. Auch im Asylbereich habe ich den Eindruck, dass Linke und Grüne nur noch aus der Defensive reagieren. Es fehlt an neuen, zukunftsweisenden Vorstellungen im Asylrecht, im Ausländerrecht überhaupt. Ist das bei Deiner Institution, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe anders?*
AA: Die *Flüchtlingshilfe* setzt sich in verschiedenen Bereichen seit Jahren für Verbesserungen ein. Es ist auch ein Er-

folg unserer Bestrebungen, dass sich der Bundesrat jetzt für einen besseren Status der vorläufig Aufgenommenen ausspricht oder dass im Bereich des Rechtsschutzes wieder vernünftige Beschwerdefristen eingeführt werden. Der Vorwurf, dass wir uns nur defensiv verhalten würden, wäre nicht angebracht.

WS: *Aber vielleicht könnte etwas mehr Öffentlichkeitsarbeit der SFH nicht schaden.*
AA: Es ist der dauernde Zwiespalt, ob wir *diplomatische Kanäle* nutzen oder Schritte an die Öffentlichkeit vorziehen sollen. Unser Vorgehen ist nicht das gleiche wie bei anderen NGOs.

WS: *In der öffentlichen Wahrnehmung dominiert bis heute ein Mehrheitsdiskurs zulasten und nicht zugunsten der Menschlichkeit. Ein national bekannter sozialdemokratischer Meinungsforscher spricht gar von einem «Defensivthema», das die Linke in Wahlkämpfen möglichst nicht erwähnen sollte. Dabei gäbe es doch viele Fragen, wo wir mit guten Argumenten offensiv werden könnten. Ich denke an die Integration aller Menschen, die mit oder ohne Flüchtlingsstatus in unserem Land bleiben werden. Oder an eine vernünftige Aufenthaltsregelung für die Sans papiers, die ja zum Teil auch illegal bei SVP-Bauern arbeiten.*
AA: Ganz wichtig ist in all diesen Fragen, dass die Politikerinnen und Politiker mit ihrem *persönlichen Engagement* hinstehen. *Bundesratsmitglieder* gehen z.B. an den Automobilsalon, an die MUBA usw., aber ich habe noch kaum einen Bundesrat oder eine Bundesrätin gesehen, die eine Ausländerorganisation oder Flüchtlinge besucht hätten. Die anderthalb Millionen Ausländer und Ausländerinnen in der Schweiz scheinen für den Bundesrat bei seinen Repräsentationspflichten schlicht inexistent zu sein.

WS: *Immerhin erinnere ich mich an die Bundespräsidentin Ruth Dreifuss, die nach einem Besuch in Bosnien gleich 20 Flüchtlinge mit nach Hause nahm. Das eindrückliche Bild unserer regierenden Mutter Courage mit ihrem Tross war auch an der Tagesschau zu sehen.*
AA: Das sind leider die raren Ausnahmen. Ein anderes *Beispiel aus Italien:* Als ein Eritreer von Rechtsextremen zusammengeschlagen wurde, hat ihn der Staatspräsident im Spital besucht. Bei uns gäbe es bestenfalls ein dürres Kommuniqué des Bedauerns über einen fremdenfeindlichen Zwischenfall.

Die Schweiz könnte nur gewinnen, wenn sie sich auch nach aussen wieder als *Land der Menschenrechte* darstellen würde. Die Umfragen von Präsenz Schweiz zeigen, dass der Ruf der humanitären Schweiz im Ausland sehr bescheiden geworden ist. Wer hilft uns letztlich bei Auseinandersetzungen über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg? Unsere besten Verbündeten sind ehemalige Flüchtlinge, die sich z.B. in den USA zu Wort meldeten, weil sie von der Schweiz anständig behandelt wurden. Auch nach dem 11. September ist es nicht unwichtig, welches Bild der Schweiz diese Flüchtlinge mit sich herumtragen.

WS: *Zunächst geht es um das Bild einer humanitären Schweiz, die der Asylinitiative der SVP eine wuchtige Absage erteilt. Diese Initiative ist so absurd, dass es uns im Abstimmungskampf nicht schwerfallen sollte, sie in ihrer fremdenfeindlichen Tendenz zu entlarven.*
AA: Das hoffen wir. Es handelt sich wirklich um eine *extreme Initiative*, die nach allen bisherigen Erfahrungen in der Schweiz keine Chance haben sollte. Die Annahme der Initiative wäre ein Bruch mit unserer humanitären Tradition, wie wir ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hätten. •